

## **Zwang ist kein Schutz. Zur Informationsveranstaltung gegen Geschlossene Unterbringung am 5. Oktober 2021 in Jena**

Seit 2019 streitet das Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung in Thüringen dafür, Geschlossene Unterbringung ersatzlos abzuschaffen. Zur Informationsveranstaltung „Zwang ist kein Schutz. Gegen Geschlossene Unterbringung“ lud das Bündnis am 5. Oktober 2021 nach Jena, um über die Einwände gegen aktuelle Tendenzen in der Jugendhilfe und konkrete Umsetzungen in Thüringen, Kinder und Jugendliche geschlossen unterzubringen, zu informieren. Die ursprünglich für das Frühjahr geplante und dann pandemiebedingt verschobene Veranstaltung war gut besucht. Fast 30 Personen, darunter Fachkräfte aus der stationären Jugendhilfe, dem Kinderschutzbund oder dem Allgemeinen Sozialen Dienst in Thüringen sowie Studierende, folgten der Einladung ins Café Wagner.

Zu Beginn der dreistündigen Veranstaltung, die von der Sozialarbeiterin Jana-Lisa Hellmold moderiert wurde, begründete Prof. Dr. Friedhelm Peters (Evangelische Hochschule Dresden) die grundsätzliche Ablehnung von GU aus fachlicher und juristischer Perspektive. Im besten Falle schade eine GU nicht, so Peters. So lange geschlossene Einrichtungen bestehen, haben diese eine Sogwirkung, finden als „implizite Drohmöglichkeit“ Einzug in den Praxisalltag und verhindern aushaltende Strukturen in der Jugendhilfe. Letztere sind erstrebenswert; und eben nicht weiter hoch spezialisierte Angebote.

Im Anschluss stellte Florian Muhl, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Hamburg, das im Herbst 2018 in Hamburg abgehaltene Tribunal über die Verletzung von Kinderrechten sowie die daraus entstandene Publikation „Dressur zur Mündigkeit“ (Beltz-Verlag) vor. Gegenstand des Tribunals war die zivilgesellschaftliche und fachliche Aufarbeitung gegenwärtiger Disziplinierungs- und Degradierungstechniken in Jugendhilfeeinrichtungen, wie zum Beispiel in den nach zahlreichen Skandalen 2013 aufgelösten Heimen der Haasenburg GmbH. Muhl zeigte Filmausschnitte, in denen Betroffene von den belastenden Erlebnissen aus ihrer Zeit in diesen geschlossenen Heimeinrichtungen berichteten. Die Zustände in den Haasenburg-Heimen sind nur die Spitze des Eisbergs, stellte zuvor bereits Peters fest. Ebenso wie Peters betonte Muhl dann auch die zwangsläufigen strukturellen Konsequenzen, die sich aus der Geschlossenheit ergeben.

Dass es funktionierende Alternativen zur GU gibt, berichtete nachfolgend Maren Peters in einem vorab von Melissa Geier und Pauline Koch (Ernst-Abbe-Hochschule Jena) aufgezeichneten Interview. Sie ist Koordinatorin und Projektleiterin der Koordinierungsstelle Individuelle Hilfen. Das seit 2014 bestehende Hamburger Modellprojekt bietet Unterstützungsleistungen in komplexen und schwierigen Hilfeverläufen und entwickelt gemeinsam individuelle und flexible Hilfesettings.

Den Abschluss des informativen Teils der Veranstaltung machten Kurz-Statements einzelner Akteur\_innen aus dem Aktionsbündnis: Thomas Beck (Sozialarbeiter), Carsten Nöthling (Geschäftsführer des Deutschen Kinderschutzbundes des Landesverbandes Thüringen e.V.), Melissa Geier und Pauline Koch (EAH Jena), Manfred May (freischaffender Künstler, Berater ehemaliger DDR-Heimkinder und Herausgeber der „edition H“ Heimerziehung in der DDR in Selbstzeugnissen) sowie Juliane Weiß (Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau).

Gegenstand der sich anschließenden Diskussion war zum einen der Wunsch nach finanziell und personell besser ausgestatteten Jugendämtern und einer, dem Hamburger Modellprojekt ähnelnden, Fachstelle in Thüringen. Betont wurde an dieser Stelle, dass in Hamburg die Träger aktiv werden mussten, da es keine Geschlossene Unterbringung gab und so der Weg für progressive Entwicklungen frei war. Zum anderen wurden angebrachte Positionen für Geschlossene Unterbringung diskutiert. Eine befürwortende Aussage – Geschlossenheit ermögliche tragfähige Beziehungen – wurde sogleich mit der Gegenfrage, welche Beziehungen unter Zwang denn tragfähig seien, entkräftet. Bindungen, die in solchen Settings entstehen, entstünden nicht wegen, sondern trotz der Geschlossenheit, hieß es weiter. Grundsätzlich – wurde angeführt – stelle sich die Frage, ob man Bildung oder Anpassung wolle. Letzteres geschehe nämlich, wenn Zwang und Freiheitsentzug in der Erziehung Anwendung finden. Eine geschlossene bzw. „geschützte“ Unterbringung leiste einer solchen Erziehungspraxis, auch wenn die Intentionen wohlwollend seien, strukturell Vorschub und gehören, so das Anliegen des Thüringer Aktionsbündnis und der Informationsveranstaltung, abgeschafft.

*f.d. Aktionsbündnis gegen Geschlossene Unterbringung Thüringen: Juliane Weiß, Mitarbeiterin Bildung, Vermittlung, Öffentlichkeitsarbeit in der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof*